

<p style="text-align: center;">Ergebnisse der AG Anerkennungskultur Freiwilligenstrategie 2020</p>

Auftrag des Bürgerschaftlichen Ersuchens „Hamburger Freiwilligenstrategie 2020“ (Drucksache 20/5856):

- Die Hamburger Freiwilligenstrategie soll die bisher in Hamburg verfügbaren Instrumente der Anerkennung aufführen und Vorschläge für ihre Weiterentwicklung enthalten. Insbesondere die Möglichkeiten der differenzierten öffentlichen Anerkennung von freiwillig Engagierten (zum Beispiel Jugendlichen) in den Bezirken und in der Stadt.
- Der Hamburger Nachweis sollte im Hinblick auf seine Nutzung und eine Vereinheitlichung der Nachweissysteme hin überprüft werden. Die Dokumentation von Ausbildungsleistungen und die differenzierte Erfassung erworbener Fähigkeiten aus nicht formalen Bildungsprozessen müssen möglich sein. Dabei sollen die Perspektive der Adressaten zum Beispiel zukünftiger Arbeitgeber eines solchen Nachweises stärker berücksichtigt und ihre Bereitschaft zur Honorierung der erworbenen Leistungen gestärkt werden.
- Finanzielle Anreizsysteme sollen kritisch überprüft und hinsichtlich möglicher Fehlanreize für prekäre Einkommenslagen kontrolliert werden. Zugleich soll das freiwillige Engagement nicht von der Bereitschaft oder der Fähigkeit der Freiwilligen zur Übernahme von Kosten abhängen, die im Zusammenhang mit dem Engagement anfallen.

Zentrale Ergebnisse der Auftaktveranstaltung vom 13.04.2013

- Anerkennung braucht eine Haltung, eine Kultur und die Begegnung auf Augenhöhe.
- Anerkennung muss auf verschiedenen Ebenen betrachtet werden und dort muss Transparenz hergestellt werden.
- Anerkennung muss individuell sein und die Zielgruppe treffen.

Ergebnisse der AG Anerkennung

- Die Arbeitsgruppe stellt zu Beginn fest, dass die Erarbeitung von Ergebnissen zu den Themen finanzielle Anreizsysteme, Monetarisierung und Abgrenzung zum Arbeitsmarkt des freiwilligen Engagements im Rahmen der Arbeitsgruppe nicht leistbar ist. Darüber hinaus wird für den Bereich Anerkennung grundsätzlich festgestellt, dass die Form der Anerkennung sich an den unterschiedlichen Interessen, den Ziel- / Altersgruppen bzw. Generationen und den Geschlechtern, sowie den jeweiligen Engagementfeldern, z.B. Kultur, Sport oder der Sozialbereich orientieren muss.
- Das Thema Anerkennung setzt eine wertschätzende Haltung zum freiwilligen Engagement voraus und ist gleichermaßen Aufgabe von Verbänden, Organisationen, Vereinen, von Staat und Verwaltung sowie von den Medien und der Wirtschaft.

- Die bestehenden Ehrungen in Form von Medaillen, Auszeichnungen, Senatsempfängen und Wettbewerben reichen nach Auffassung der Arbeitsgruppe aus, müssen aber unter folgenden Gesichtspunkten weiterentwickelt werden:
 - Vielfalt der Ehrungen erhalten und den Zielgruppen anpassen
 - Transparenz der Vergabekriterien herstellen
 - Kriterien für Jugendliche anpassen
 - Veranstaltungsformate prüfen - modernisieren
 - Zielgruppen einbeziehen (was wird gewünscht)
 - Mehr Kontakte und Kommunikation unter Freiwilligen schaffen
 - Stärkere Präsenz von Senatsmitgliedern ermöglichen.

Diese Weiterentwicklung könnte in einer institutionalisierten, bereichsübergreifenden Arbeitsgruppe umgesetzt werden.

- Die Arbeitsgruppe hält das bisherige Vergabeverfahren des „Hamburger Nachweis für Bürgerschaftlichen Engagement“ als Instrument der Anerkennung für erfolgreich, schlägt aber zur Modernisierung und „Wertsteigerung“ neben einer veränderten äußeren Form (z.B. Hamburg-Wappen, Unterschrift des Ersten Bürgermeisters oder eines Senators) vor, die Öffentlichkeitsarbeit (z.B. durch eine Medienkampagne) gezielt zu verstärken.

Darüber hinaus wird empfohlen, den „Hamburger Nachweis“ in Zusammenarbeit mit Kammern und Wirtschaftsverbänden zu einem aussagekräftigen und anerkannten Kompetenznachweis (Qualitätsstandards am Beispiel der Juleica) für Unternehmen zu entwickeln.

- Zur Förderung der Anerkennung sollen folgende Ansätze geprüft werden:
 - Die Gewährung von Bildungsurlaub z.B. zu Themen wie Vereinsrecht oder Engagementkultur.
 - Die Freistellung (festgelegtes Stundenkontingent) für freiwilliges Engagement von Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten sowie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Unternehmen und Betrieben, in gemeinnützigen Einrichtungen und in der öffentlichen Verwaltung.
 - Eine gesteigerte Öffentlichkeitsarbeit – Medienkampagne am Beispiel BZ „Berliner Helden“
 - Die Finanzierung einer HVV Karte für einen definierten Kreis von Freiwilligen.
 - Eine Bundesratsinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg um die bestehenden steuerlichen Anreize im Bereich Ehrenamtliches Engagement auszubauen.

- In der Arbeitsgruppe besteht Übereinstimmung, dass eine Kultur der Anerkennung in Organisationen weiter etabliert werden muss. Der vorliegende „Leitfaden für die Zusammenarbeit von Organisationen und Freiwilligen“ ist in diesem Sinne als ein förderlicher Impuls für Weiterentwicklung des Themas zu verstehen und durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.